

Maria Held

Rechtsschutz in der deutschen Fusionskontrolle

Eine Bestandsaufnahme

Maria Held

**Rechtsschutz in der
deutschen
Fusionskontrolle**

Maria Held

Rechtsschutz in der deutschen Fusionskontrolle

Eine Bestandsaufnahme

Tectum Verlag

Maria Held

Rechtsschutz in der deutschen Fusionskontrolle. Eine Bestandsaufnahme

Zugl. Diss. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 2015

© Tectum Verlag Marburg, 2015

ISBN 978-3-8288-6215-9

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch
unter der ISBN 978-3-8288-3545-0 im Tectum Verlag erschienen.)

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

www.facebook.com/tectum.verlag

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit zum Rechtsschutz in der deutschen Fusionskontrolle wurde im Wintersemester 2014/2015 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind bis zum Februar 2015 berücksichtigt.

Mein ganz besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Joachim Jickeli, der mich mit seinen wertvollen Anmerkungen unterstützt und mir sämtliche Freiheiten bei der Erarbeitung und Darstellung des Themas gewährt hat. Zudem danke ich Herrn Prof. Dr. Joachim Jickeli für die rasche Erstellung des Erstgutachtens.

Für die Übernahme und ebenfalls zügige Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Herrn Prof. Dr. Sebastian Graf von Kielmansegg.

Die Arbeit ist meiner Familie und insbesondere meinem Mann gewidmet.

Sielenbach, April 2015

Maria Held

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	9
Verzeichnis der Abkürzungen	19
Einführung	27
Teil 1: Die deutsche Fusionskontrolle	33
A. Entstehungsgeschichte und Entwicklung der deutschen Fusionskontrolle	33
B. Verhältnis zum EU-Fusionskontrollrecht	35
C. Verhältnis zum Kartellverbot und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	40
D. Anmeldepflicht in der deutschen Fusionskontrolle	44
E. Vollzugsverbot in der deutschen Fusionskontrolle	47
F. Verfahren der deutschen Fusionskontrolle und seine kontrollrelevanten Entscheidungen	48
Teil 2: Der Rechtsschutz gegen Entscheidungen in der deutschen Fusionskontrolle in der 1. Instanz	71
A. Rechtsschutz im Sinne des Gerichtsschutzes	71
B. Übersicht zu den Rechtsschutzmöglichkeiten	72
C. Allgemeines zu den Beschwerdearten	77
D. Anfechtungsbeschwerde gemäß § 63 Abs. 1 GWB	89
E. Verpflichtungsbeschwerde	155
F. Fortsetzungsfeststellungsbeschwerde	161
G. Allgemeine Leistungsbeschwerde	172
H. Feststellungsbeschwerde	176
Teil 3: Einstweiliger Rechtsschutz	177
A. Einstweiliger Rechtsschutz für die am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen im Falle einer Untersagung	177
B. Einstweiliger Rechtsschutz Dritter im Falle einer Freigabe	189
Teil 4: Rechtsschutz gegen Entscheidungen in der deutschen Fusionskontrolle in der 2. Instanz	197
A. Rechtsbeschwerde	197
B. Nichtzulassungsbeschwerde	204

Teil 5: Schadensersatz für rechtswidrige Entscheidungen des Bundeskartellamtes	211
A. Ausgangslage	211
B. Mögliche Anspruchsgrundlagen	212
C. Amtshaftung nach § 839 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 34 Satz 1 GG	215
Zusammenfassung und Ergebnisse	251
Literaturverzeichnis	255

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	9
Verzeichnis der Abkürzungen	19
Einführung	27
I. Anlass und Hintergrund der Untersuchung	27
II. Zielsetzung und Gang der Untersuchung	31
Teil 1: Die deutsche Fusionskontrolle	33
A. Entstehungsgeschichte, Zweck und Entwicklung der deutschen Fusionskontrolle	33
B. Verhältnis zum EU-Fusionskontrollrecht	35
I. Vorrang der europäischen Fusionskontrolle	36
II. Verweisung	39
C. Verhältnis zum Kartellverbot und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung.....	40
I. Verhältnis zu Art. 101 AEUV und Art. 102 AEUV	40
II. Verhältnis zum deutschen Kartellverbot in § 1 GWB	42
III. Verhältnis zu anderen Kontrollvorschriften	43
D. Anmeldepflicht in der deutschen Fusionskontrolle	44
E. Vollzugsverbot in der deutschen Fusionskontrolle	47
F. Verfahren der deutschen Fusionskontrolle und seine kontrollrelevanten Entscheidungen	48
I. Anmeldung	50
II. Prüfung der Anmeldung und Einleitung des Vorprüfverfahrens („Phase I“)	52
1. Einleitung des Vorprüfverfahrens und Entscheidungsmöglichkeiten	52
2. Freigabe bzw. Nichtuntersagung innerhalb der Monatsfrist	53
3. Einleitung des Hauptprüfverfahrens	53
4. Einstellung des Verfahrens	54
III. Hauptprüfverfahren („Phase II“)	54
1. Eröffnung des Hauptprüfverfahrens und Entscheidungsmöglichkeiten	54
2. Freigabe (ohne Nebenbestimmungen)	55

3.	Freigabe mit Nebenbestimmungen	56
a)	Bedingung	57
b)	Auflage	57
4.	Untersagung	58
5.	Widerruf der Genehmigung und nachträgliche Untersagung	58
IV.	Entscheidungen des Bundeskartellamtes im Nebenverfahren	60
1.	Auskunftersuchen des Bundeskartellamtes	60
a)	Informelle Nachfrage	61
b)	Auskunftersuchen über Marktanteile und Umsätze	61
c)	Allgemeines formelles Auskunftersuchen	61
2.	Beteiligung Dritter am Fusionskontrollverfahren	62
a)	Einfache Beiladung	63
aa)	Beteiligtenfähigkeit	63
bb)	Erhebliche Interessenberührung	64
cc)	Ermessen	65
dd)	Notwendige Beiladung	67
3.	Recht auf Anhörung und Recht auf Stellungnahme nach § 56 Abs. 1 GWB	69
4.	Akteneinsicht nach §§ 29, 30 VwVfG	69
Teil 2: Der Rechtsschutz gegen Entscheidungen in der deutschen Fusionskontrolle in der 1. Instanz		71
A.	Rechtsschutz im Sinne des Gerichtsschutzes	71
B.	Übersicht zu den Rechtsschutzmöglichkeiten	72
I.	Beschwerde	72
1.	Übersicht zu den einzelnen Beschwerdearten	72
2.	Feststellung der relevanten Beschwerdeart im Einzelfall	74
II.	Einstweiliger Rechtsschutz	74
III.	Amtshaftung und Schadensersatzansprüche	75
IV.	Ministererlaubnis	75
C.	Allgemeines zu den Beschwerdearten	77
I.	Gegenstand der Beschwerde und Verhältnis zu den sonstigen Kartellrechtsstreitigkeiten	77
II.	Zuständiges Beschwerdegericht: Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	78
III.	Rechtsnatur der Beschwerde	79
IV.	Ergänzende Anwendbarkeit der Vorschriften anderer Verfahrensordnungen, insbesondere des allgemeinen Verwaltungsprozessrechts	81

V.	Die Verfügung als zentraler Grundbegriff im Rahmen der Beschwerdearten	83
1.	Begriff der Verfügung	83
a)	Frühere Auffassung: weite Auslegung	83
b)	Heutige Auffassung: enge Auslegung	85
c)	Stellungnahme	86
2.	Form und äußere Wirksamkeit der Verfügung.....	87
3.	Nichtige Verfügungen als Gegenstand der Anfechtungsbeschwerde	89
D.	Anfechtungsbeschwerde gemäß § 63 Abs. 1 GWB	89
I.	Statthaftigkeit und Rechtsschutzziel	89
1.	Anfechtungsgegenstand: Verfügung	91
2.	Entscheidungen im Vorprüfverfahren als anfechtbare Verfügungen	91
a)	Nichtuntersagung durch Freigabeschreiben	91
aa)	Die <i>Ampère</i> -Entscheidung des BGH und die Ansicht der überwiegenden Literatur	91
bb)	Ansicht des KG und eines Teils der Literatur	92
cc)	Stellungnahme	93
b)	Nichtuntersagung durch Ablauf der Monatsfrist	96
c)	Eröffnung des Hauptprüfverfahrens durch den sog. Monatsbrief	98
d)	Einstellung des Verfahrens	98
e)	Zwischenergebnis	99
3.	Entscheidungen im Hauptprüfverfahren als anfechtbare Verfügungen	100
a)	Freigabe (ohne Nebenbestimmungen)	100
b)	Freigabefiktion nach Ablauf der Vier-Monats-Frist	100
aa)	Mindermeinung in der Literatur	100
bb)	Herrschende Ansicht in der Literatur	101
cc)	Stellungnahme	102
c)	Freigabe mit Nebenbestimmungen	102
aa)	Eine Ansicht: Differenzierung zwischen Auflage und Bedingung	103
	(1) Auflage	103
	(2) Bedingung	103
bb)	Andere Ansicht: alle Nebenbestimmungen selbständig anfechtbar	104
cc)	Stellungnahme	104
d)	Untersagung	106
e)	Widerruf der Freigabe und nachträgliche Untersagung	107

f) Zwischenergebnis	107
4. Entscheidungen im Nebenverfahren als anfechtbare Verfügung	107
a) Auskunftersuchen des Bundeskartellamtes.....	108
aa) Informelle Nachfrage	108
bb) Förmliches Auskunftersuchen über Marktanteile und Umsätze	108
cc) Allgemeines formelles Auskunftersuchen	108
b) Beteiligung Dritter am Fusionskontrollverfahren	109
c) Anhörung und Stellungnahme zum Fusionskontrollverfahren nach § 56 GWB	109
d) Akteneinsicht der Verfahrensbeteiligten	109
II. Beschwerdebefugnis	111
1. Beschwerdebefugnis kraft Verfahrenseteiligung	111
a) „Geborene“ Verfahrensbeteiligte: die am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen	111
b) „Gekorene“ Verfahrensbeteiligte: die Beigeladenen	112
c) Mögliche Verletzung eigener Rechte	112
2. Beschwerdebefugnis Dritter ohne Verfahrenseteiligung	115
a) Beschwerdebefugnis bei unterbliebener Beiladung	116
aa) Kritik in der Literatur	116
bb) Die <i>pepcom</i> - und <i>iesy/Ish</i> -Entscheidung des BGH	116
cc) Stellungnahme	117
b) Beschwerdebefugnis kraft Rechtsverletzung	119
aa) Ausgangslage und Relevanz in der Praxis	119
bb) Ansicht der Rechtsprechung und der überwiegenden Literatur	121
cc) Gegenstimmen in der Literatur	122
(1) Eingriff in Grundrechte	122
(2) Einfachgesetzliche Begründung subjektiver Rechte	124
dd) Stellungnahme	124
III. Rechtsschutzbedürfnis und Beschwer	126
1. Formelle Beschwer	126
a) Untersagung	127
b) Freigabeentscheidung (ohne Nebenbestimmungen)	127
c) Freigabe unter Nebenbestimmungen	128
d) Sonderfall: keine Verfahrenseteiligung oder keine Antragstellung	129
2. Materielle Beschwer	130
a) Erfordernis der materiellen Beschwer	131

b)	Inhalt und Voraussetzungen der materiellen Beschwer	132
c)	Die materielle Beschwer in Einzelfällen	134
IV.	Frist, Form und Inhalt der Beschwer	136
1.	Frist zur Einlegung der Beschwer	136
2.	Form der Beschwerdeschrift	137
3.	Inhalt der Beschwerdeschrift	138
V.	Frist, Form und Inhalt der Beschwerdebegründung	138
1.	Frist zur Begründung der Beschwer	138
2.	Form und Inhalt der Beschwerdebegründung	139
VI.	Beteiligte und Beteiligtenfähigkeit	140
VII.	Prozess- und Postulationsfähigkeit	140
VIII.	Begründetheit der Anfechtungsbeschwerde	141
1.	Entscheidungsgrundlagen	141
a)	Untersuchungsgrundsatz	141
b)	Freie Beweiswürdigung	141
c)	Rechtliches Gehör	142
d)	Neue Tatsachen und Beweismittel	143
2.	Prüfung der Rechtswidrigkeit der angefochtenen Verfügung	144
a)	Unzulässigkeit der Verfügung: Verletzung formellen Rechts	144
aa)	Heilung von Form- und Verfahrensfehlern	144
bb)	Unbeachtlichkeit von Form- und Verfahrensfehlern	144
b)	Unbegründetheit der Verfügung: Verletzung materiellen Rechts	145
c)	Umfang der gerichtlichen Überprüfung und Kontroll- dichte	145
aa)	Rechts- und Zweckmäßigkeitkontrolle	145
bb)	Grenzen gerichtlicher Kontrolle	147
d)	Der für die Beurteilung maßgebliche Zeitpunkt	148
aa)	Überwiegende Ansicht	148
bb)	Einwände	149
cc)	Stellungnahme	149
3.	Inhalt und Form der Entscheidung des Beschwerdegerichts	151
a)	Unzulässigkeit der Beschwer	151
b)	Unbegründetheit der Beschwer	151
c)	Begründetheit der Beschwer	152
d)	Nebenbestimmungen	153
e)	Aufhebung zur Durchführung weiterer Ermittlungen	153
IX.	Wirkung der Beschwer	154

E. Verpflichtungsbeschwerde	155
I. Verpflichtungsbeschwerde der am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen	155
1. Verpflichtungsbeschwerde gegen eine Untersagung im Hauptprüfverfahren	155
2. Verpflichtungsbeschwerde gegen eine Freigabe (mit Nebenbestimmungen) im Hauptprüfverfahren	156
a) Freigabe unter Auflagen	156
b) Freigabe unter Bedingungen	156
II. Verpflichtungsbeschwerde Dritter	158
1. Beschwerdebefugnis	158
2. Rechtsschutzbedürfnis	159
a) Vorprüfverfahren	160
b) Hauptprüfverfahren	160
F. Fortsetzungsfeststellungsbeschwerde	161
I. Statthaftigkeit und Rechtsschutzziel	162
II. Antrag	163
III. Zulässigkeit der erledigten Beschwerde	163
IV. Fortsetzungsfeststellungsinteresse	163
1. Rehabilitation	164
2. Vorbereitung von Schadensersatzansprüchen	164
3. Wiederholungsgefahr	165
a) Ausgangspunkt: Rechtsprechung im allgemeinen Verwaltungsrecht	165
b) Rechtsprechung im Bereich der Fusionskontrolle bis zum Jahre 2007	166
c) Neue Rechtsprechung im Bereich der Fusionskontrolle seit 2007: <i>Springer/ProSiebenSat1, Phonak/GN Store, EDEKA/Plus</i> und <i>Total/OMV</i>	168
d) Zusammenfassung der neuen Rechtsprechung im Bereich der Fusionskontrolle seit 2007	169
e) Stellungnahme	171
V. Begründetheit	172
G. Allgemeine Leistungsbeschwerde	172
I. Folgenbeseitigung	172
II. Vorbeugende Unterlassungsbeschwerde	173
III. Verfahrensregeln	175
H. Allgemeine Feststellungsbeschwerde	176

Teil 3: Einstweiliger Rechtsschutz	177
A. Einstweiliger Rechtsschutz für die am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen im Falle einer Untersagung	177
I. Befreiung vom Vollzugsverbot vor oder während des Fusionskontrollverfahrens nach § 41 Abs. 2 Satz 1 GWB	177
1. Wichtige Gründe, insbesondere Abwendung von schweren Schäden von einem beteiligten Unternehmen oder von Dritten	177
2. Ermessensausübung	178
3. Entscheidung	179
4. Rechtsschutz	179
a) Rechtsschutz gegen die Ablehnung eines Antrags auf Befreiung vom Vollzugsverbot	179
b) Rechtsschutz Dritter gegen die Erteilung der Befreiung vom Vollzugsverbot	179
II. Befreiung vom Vollzugsverbot nach Untersagung durch das Bundeskartellamt	180
1. Befreiung vom Vollzugsverbot nach § 41 Abs. 2 Satz 1 GWB ...	180
2. Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsbeschwerde nach § 65 Abs. 3 GWB	181
3. Einstweilige Anordnung nach den Regelungen in §§ 60 Nr. 1, 64 Abs. 3 Satz 1 GWB	183
a) Die Entscheidung <i>Phonak/ReSound</i> des OLG Düsseldorf	183
b) Die Entscheidung <i>Faber/Basalt</i> des BGH	185
c) Stellungnahme	185
B. Einstweiliger Rechtsschutz Dritter im Falle einer Freigabe	189
I. Ausgangslage	189
II. Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach der Vorschrift des § 65 Abs. 3 GWB	190
1. Voraussetzungen	190
2. Einwände in der Literatur gegen die Vorschrift des § 65 Abs. 3 Satz 4 GWB	192
3. Stellungnahme	193
III. Einstweilige Anordnung gemäß § 64 Abs. 3 GWB	195
Teil 4: Rechtsschutz gegen Entscheidungen in der deutschen Fusionskontrolle in der 2. Instanz	197
A. Rechtsbeschwerde	197
I. Zuständiges Gericht	197
II. Statthaftigkeit	197

III.	Zulassung der Rechtsbeschwerde	197
IV.	Rechtsbeschwerdebefugnis und Rechtsbeschwerdeberechtig- tigung	198
V.	Frist und Form	199
VI.	Umfang der rechtlichen Nachprüfung	200
1.	Rüge von Verfahrensfehlern	200
2.	Verstöße gegen materielle Vorschriften	201
3.	Tatsachenfeststellungen des Beschwerdegerichts	202
4.	Maßgeblicher Zeitpunkt	202
VII.	Verfahren und Wirkung der Rechtsbeschwerde	203
VIII.	Entscheidung	203
B.	Nichtzulassungsbeschwerde	204
I.	Zuständiges Gericht	205
II.	Statthaftigkeit	205
III.	Beschwerdebefugnis und Beschwer	205
IV.	Verhältnis zur zulassungsfreien Rechtsbeschwerde	206
V.	Form und Frist	207
VI.	Verfahren	208
VII.	Entscheidung, maßgeblicher Zeitpunkt und Umfang der Über- prüfung	208
Teil 5: Schadensersatz für rechtswidrige Entscheidungen des Bundeskartellamtes		211
A.	Ausgangslage	211
B.	Mögliche Anspruchsgrundlagen	212
C.	Amtshaftung nach § 839 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 34 Satz 1 GG	215
I.	Tätigwerden als Beamter in Ausübung eines öffentlichen Amtes	215
II.	Verletzung einer Amtspflicht	215
III.	Drittbezogenheit der Amtspflicht	217
1.	Drittbezogenheit der Amtspflicht im Allgemeinen	217
2.	Drittbezogenheit der Amtspflicht in der Fusionskontrolle	218
a)	Entscheidung des LG Köln im Verfahren <i>GN Store/Bundesrepublik Deutschland</i>	218
b)	Stellungnahme	219
IV.	Verschulden	221
1.	Verschuldensvermutung bei objektiv rechtswidriger Entschei- dung	221
2.	Kollegialverschulden versus Individualverschulden	222
3.	Grundsatz der Verschuldenshaftung und Bestimmung des Sorg- faltsmaßstabs	223

4. Sorgfaltsmaßstab im Bereich der Fusionskontrolle	224
a) Entscheidungspraxis des Bundeskartellamtes	225
aa) Sachverhaltsaufklärung	225
bb) Prüfung des Zusammenschlussvorhabens	226
cc) Stellungnahme	228
b) Kriterien und Fallgruppen zum Verschulden und Sorgfaltsmaßstab – rechtsvergleichende Betrachtung der Rechtsprechung der europäischen Gerichte	230
aa) Verfahrensfehler	232
bb) Fehler bei der Feststellung des Sachverhalts	234
cc) Fehler bei der ökonomischen Bewertung	234
dd) Fehler bei der Anwendung rechtlicher Konzepte	236
5. Verschuldensausschluss infolge der sog. Kollegialgerichtslinie bzw. Vermutung des Nichtverschuldens bei gerichtlicher Bestätigung in 1. Instanz	239
a) Die Grundsätze der Kollegialgerichts-Richtlinie	239
b) Die Anwendung der Kollegialgerichts-Richtlinie in der Fusionskontrolle	239
aa) Grundsätze	239
bb) Entscheidung des LG Köln im Verfahren <i>GN Store/Bundesrepublik Deutschland</i>	240
cc) Stellungnahme	242
V. In Betracht kommende Haftungsausschlüsse	243
1. Spruchrichterprivileg gemäß § 839 Abs. 2 BGB	243
2. Verletzung des Vorrangs des Primärrechtsschutzes nach § 839 Abs. 3 BGB	244
VI. Schaden und haftungsbegründende Kausalität	246
VII. Fazit: Amtshaftung in der deutschen Fusionskontrolle	249
Zusammenfassung und Ergebnisse	251
Literaturverzeichnis	255

Verzeichnis der Abkürzungen

a.A. (A.A)	andere Auffassung
a.M. (A.M)	andere Meinung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union (vor dem 01.02.2003 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften)
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Fassung aufgrund des am 01.12.2009 in Kraft getretenen Vertrages von Lissabon; konsolidierte Fassung bekanntgemacht im ABl. EG Nr. C 115 v. 09.05.2008, S. 47)
AG	Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz v. 06.09.1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch Art. 26 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz v. 23.07.2013 (BGBl. I S. 2586)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
Az.	Aktenzeichen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebs-Berater
Begr.	Begründung
ber.	Berichtigt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung v. 02.01.2002 (BGBl. I S. 42, ber. 2909 und BGBl. 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr und zur Änderung des EEG v. 22.07.2014 (BGBl. I S. 1218)
BGBI.	Bundesgesetzblatt

BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKartA	Bundeskartellamt
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Techno- logie
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CJ	Cato Journal
CML. Rev.	Common Market Law Review
DB	Der Betrieb
ders.	Derselbe
D.h. (d.h.)	das heißt
DVBl.	Deutsche Verwaltungsblätter
ECLR	European Competition Law Review
EFTA	European Free Trade Area
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Ge- meinschaft, zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrages von Lissabon v. 13.12.2007 (ABl. Nr. C 306 S. 1)
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz v. 07.07.2005 (BGBl. I S. 1970, ber. 3621), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes zur grundlegenden Reform des EEG und zur Änd. weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts v. 21.07.2014 (BGBl. I S. 1066)
EU	Europäische Union
EU-Kommission	Europäische Kommission
EuG	Europäisches Gericht (früher: Europäisches Gericht Erster Instanz)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUR	Euro
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

EWeRK	Energie- und Wettbewerbsrecht in der Kommunalen Wirtschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	Folgend
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit v. 17.12.2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner vom 20.06.2014 (BGBl. I S. 786)
FD-GewRS	Fachdienst Gewerblicher Rechtsschutz
ff.	Folgende
FKVO	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates v. 20.01.2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 24/1 v. 29.01.2004) – EU-Fusionskontrollverordnung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.05.1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert Art. 1 Änderungsgesetz (Art. 91b) v. 23.12.2014 (BGBl. I S. 2438)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GVBl.	Gesetz- und Ordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 09.05.1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Art. 2 des Gesetzes v. 23.04.2014 (BGBl. I S. 410) geändert worden ist
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung v. 26.06.2013 (BGBl. I S. 1750, ber. S. 3245), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes zur grundlegenden Reform des EEG und zur Änderung weiterer

	Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts vom 21.07.2014 (BGBl. I S. 1066)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
H.M. (h.M.)	Herrschende Meinung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht (Berlin)
K & R	Kommunikation & Recht
KVR	Rechtsbeschwerden in Kartellverwaltungssachen
KVZ	Nichtzulassungsbeschwerden in Kartellverwal- tungssachen
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
Mio.	Million/Millionen
Mrd.	Milliarde/Milliarden
m. Anm.	mit Anmerkung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr./Nrn.	Nummer/Nummern
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
OVG.....	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der Fas- sung der Bekanntmachung v. 19.02.1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit Gerichten v. 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786)
Reg.Begr.	Regierungsbegründung
RegE	Regierungsentwurf
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache

RStV	Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag) v. 31.08.1991
S.	Seite
S. (s.)	Siehe
Slg.	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes
Sog. (sog.)	Sogenannt
StPO	Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 07.04.1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 3, 49. Gesetz zur Änderung des StGB v. 21.01.2015 (BGBl. I S. 10)
St. Rspr. (st. Rspr.)	ständige Rechtsprechung
TB	Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamtes
Tz.	Textziffer
Unterabs.	Unterabsatz
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
u.U.	unter Umständen
v.	Vom
Verweisungsmitteilung der EU-Kommission	Mitteilung der Europäischen Kommission über die Verweisung von Fusionssachen, ABl. C 56 v. 05.03.2005, S. 2 ff.
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vgl. (vgl.)	Vergleiche
VO 1/2003	Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates v. 16.12.2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrages niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. Nr. L 1/1 v. 04.01.2003)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten v. 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786)

VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 23.01.2013 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften v. 25.07.2013 (BGBl. I S. 2749)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz v. 12.08.2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten v. 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786)
WiR	Wirtschaftsrecht
WM	Wertpapiermitteilungen, Zeitschrift für Wirtschaft und Bankrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WuW/E	Wirtschaft und Wettbewerb - Entscheidungssammlung
WuW/E BGH	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungen des Bundesgerichtshof
WuW/E BKartA	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungen des Bundeskartellamtes
WuW/DE-R	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung – Deutschland Rechtsprechung
WuW/E DE-V	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung – Deutschland Verwaltung
WuW/E EU-R	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung – Europäische Union Rechtsprechung
WuW/E EU-V	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungssammlung – Europäische Union Verwaltung
WuW/E OLG	Wirtschaft und Wettbewerb – Entscheidungen der Oberlandesgerichte
WuW/E Verg	Wirtschaft und Wettbewerb – Vergabe Rechtsprechung und Verwaltung
z.B.	zum Beispiel
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis

ZNER	Zeitschrift für Neues Energierecht
ZPO	Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 05.12.2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006 S. 431 und 2007 S. 1781), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften v. 08.07.2014 (BGBl. I S. 890)
Zuständigkeitsmitteilung der EU-Kommission	Konsolidierte Mitteilung der Kommission zu Zuständigkeitsfragen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, ABl. C 43 v. 21.02.2009, S. 10 ff.
ZWeR.....	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht